

Mehr Beamte sollen freiwillig an Bord bleiben

Innenminister plant eine Bestandsaufnahme zur Lebensarbeitszeit – Beamtenbund-Chef dringt auf Dienstrechtsreform Lebensarbeitszeit Der Landesbund peilt eine Dienstrechtsreform an. Matthias Schiermeyer Stuttgart.

Zwei Monate hat Baden-Württembergs Beamtenbund benötigt, um nach dem Besoldungspakt mit der Landesregierung Luft zu holen für neue Vorhaben. Die Finanzlage des Landes ist günstig, was für weitere Fortschritte genutzt werden soll. So beschloss der 140-köpfige Hauptvorstand seine Agenda für die nächste Phase.

Zugleich hat die Landesregierung ihre Wünsche: Das Innenministerium hat beim Beamtenbund vorgefühlt, ob man eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf freiwilliger Basis vereinbaren könne. Dies wäre quasi die Fortschreibung eines noch unter Ministerpräsident Günther Oettinger beschlossenen Modells. Heute dürfen Landesbeamte auf Antrag längstens bis zum 70. Lebensjahr im Staatsdienst tätig sein – bei der Polizei und im Justizvollzug bis 65. Das Innenministerium plant eine Bestandsaufnahme, inwieweit davon Gebrauch gemacht wird. Aus Sicht des Beamtenbundes nimmt ein Fünftel derer, die die gesetzliche Grenze erreichen, die Verlängerung wahr.

„Denen geht angesichts der Personalnot das Wasser die Halskrause hoch“, sagt Landesbund-Chef Volker Stich. „Deswegen will man oben die Erfahrenen halten und unten möglichst junge qualifizierte Kräfte gewinnen.“ Seine Organisation habe dem Innenminister Unterstützung signalisiert – eine gemeinsame Positionierung sei im Werben „ein hohes Gut“. Eine Frage dürfte dann sein, ob der bisher zehnpromtente Gehaltsaufschlag angehoben wird. Um den Fachkräftemangel zu lindern, werden beide Seiten zudem darüber diskutieren, wie das Land mehr junge Menschen mit Migrationshintergrund gewinnen kann. Dies hatte bereits die grün-rote Regierung forciert – CDU-Innenminister Thomas Strobl würde daran wohl gerne anknüpfen. Im Gegenzug erhofft sich der Beamtenbund diverse Verbesserungen für seine Leute. Ganz oben auf der Wunschliste steht Stich zufolge eine Revision früherer Einschnitte bei der Beihilfe, mit denen Grün-Rot „die junge Beamtenschaft benachteiligt hat“. Nur Baden-Württemberg habe „eine solch schlechte Beihilferegelung“ – „mit der Konsequenz, dass die jungen Leute, die seit 2013 eingestellt werden, höhere Krankenversicherungsbeiträge haben, weil sie sich für das Alter stärker absichern müssen.“ Die Prämien würden für sie zwischen 30 und 100 Euro höher liegen als vor der Regelung.

An zweiter Stelle stehen Besoldungsfragen. „Ich gehe davon aus, dass wir eine Dienstrechtsreform brauchen“, sagt Stich. Er glaube nicht, „dass wir das binnen eines Jahres über die Bühne bringen, denn der Widerstand wird groß sein.“ Doch will er noch vor der Sommerpause mit dem Finanz- und dem Innenministerium sowie den Fraktionschefs von Grünen und CDU in Gespräche einsteigen. Zugleich will er seinem Nachfolger den Boden bereiten. Der 66-Jährige gibt sein Amt nach 14 Jahren an der Landesspitze ab. Der Wechsel soll beim Gewerkschaftstag am 5./6. Dezember in Ludwigsburg erfolgen. Zwei Stellvertreter Stichts haben bisher ihre Kandidatur angekündigt: Gerhard Brand (Verband Bildung und Erziehung) und Kai Rosenberger (Steuergewerkschaft).